

Ersten Sektion nicht die Vorschläge von Kirchenpräsident Hild zugunsten einer Abendmahlsgemeinschaft positiv aufnehmen. Sie mußten mit den Orthodoxen den Vorbehalt machen, daß die Einheit der Lehre die Voraussetzung eucharistischer Gemeinschaft ist.

Politische Deklamationen

Das Dilemma der KEK könnte man auf die Formel bringen: Die hier versammelten Kirchen wollten für den Frieden tätig werden, aber jeweils nach den Kriterien des westlichen oder des östlichen Gesellschaftssystems. Es wäre fehl am Platz, dafür nur die politisch abhängigen Ostkirchen verantwortlich zu machen. Es wurde der Verdacht laut, daß die sog. europäische Theologie zwischen Basel und Nimwegen selber daran schuld sei, daß man ihr wenig Vertrauen entgegenbringt. Sie habe die sozio-politischen Implikationen noch nicht aufgearbeitet, denen sie unterliegt. Sie habe auch noch zuwenig zur Kenntnis genommen, daß sich in Afrika und in Lateinamerika eine selbständige Theologie entwickelt, die nicht mehr auf abendländischen Prämissen beruht und für die, in je anderem Sinn, das Evangelium „Befreiung“ über die individuelle Reinigung von Sünden hinaus bedeutet. Es fehlt offenbar auch an Kraft, diese kritisch begleiten zu können. Mit dieser neuen Theologie rechnet aber sogar das Patriarchat von Moskau, obwohl es in seinem Schreiben an den ÖRK von 1973 einen „schrankenlosen Horizontalismus“ ablehnt.

Es kam in Engelberg zu manchen *politischen Resolutionen*, auch über Palästina, Nordirland und Zypern. Man wird sich ihrer kaum erinnern. Es wurde auch für die Menschenrechte optiert, ohne zu genau zu sagen, in welcher Gegend sie besser zu wahren seien. Die europäischen Kirchen beteuerten, daß sie die Architekten der Einheit weder in Afrika noch in Asien oder Lateinamerika sein wollten, sondern dort nur Hindernisse beseitigten, die sie selber einst gegen die Einheit der Kirche geschaffen haben. Ein har-

ter Vorsatz! Die „europäische Theologie“, so meinte man, bedürfe der Infragestellung, da sie von kulturellen Faktoren bestimmt sei, die keine universale Geltung beanspruchen könnten.

Keine große Zukunft

Weniger wichtig war die Abgrenzung von den Kompetenzen des ÖRK. Wesentlich ist die Erneuerung der Führung. Ins Präsidium wurden u. a. *André Appel*, einst Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, und Kirchenpräsident *Heintze*, Braunschweig, gewählt, ein Zeichen vielleicht, daß man künftig versuchen wird, die „Leuenberger Konkordie“ zum theologischen Motor zu machen. Aber was wird aus den Problemen des Nord-Süd-Konfliktes, der Gastarbeiter und vor allem der vom Evangelium her zu fördernden Umbesinnung über die Krise der Wohlstandsgesellschaft? Darüber hatte man nicht verhandelt.

Anwesende Vertreter kirchlicher Ju-

gend, die verschiedene Dienstleistungen übernommen hatten, äußerten sich in einer eigenen Stellungnahme zur Konferenz. Da hieß es, in ökumenischem Geist zusammenzuarbeiten sei für sie kein Problem und die unterschiedlichen Dogmen und Ekklesiologien seien für sie nicht mehr trennend, sondern eher Beiträge zum gemeinsamen Kampf für die Befreiung der Menschen. Dieses Thema sei nicht genügend zur Sprache gekommen. Da es der KEK an finanzieller wie an personeller Ausstattung fehlt, ist es unausbleiblich, daß die Fortführung der Konferenz „auf Sparflamme“ erfolgen wird. Sie hat keine neue Idee hervorgebracht, die ihre Lebensnotwendigkeit erweisen würde. Ein Beobachter formulierte es so: Die Kirchen Westeuropas seien zu sehr mit sich selber beschäftigt. Auch die hingebende und würdevolle liturgische Umrahmung der gemeinsamen Gottesdienste u. a. durch die Benediktiner der alten Abtei am Ort half nicht darüber hinweg, daß die KEK keine große Zukunft hat.

Die Jugend der Tschechoslowakei soll atheistisch werden

Fünf Tage lang, vom 16. bis 20. September 1974, verhandelte eine tschechoslowakische Regierungsdelegation unter Leitung des Staatssekretärs für Kirchenfragen, *Karel Hruza*, von neuem mit Erzbischof *Casaroli* über die weitere Entwicklung der Beziehungen Staat—Kirche in der Tschechoslowakei. Dann wurden die Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen. Sogar der Zeitpunkt und Ort für neue Gespräche wurden nicht vereinbart, dies soll erst später geschehen. Dieses negative Resultat scheint die Kenner der kirchenpolitischen Entwicklung in der Tschechoslowakei nicht überrascht zu haben. Seit dem Kompromiß zwischen der ČSSR und dem Vatikan im Februar 1973, wo vier neue Bischöfe ernannt wurden (vgl. HK, April 1973, 166 ff.),

haben sich die Fronten in der ČSSR verhärtet. Das von manchen erwartete Entgegenkommen des Staates gegenüber der Kirche ist nicht eingetreten. Im Gegenteil! Nachrichten aus der Tschechoslowakei ließen selbst vatikanische Stellen öffentlich die Ansicht äußern, daß die Kirche in der Tschechoslowakei heute die meistbedrängte Kirche in den osteuropäischen kommunistischen Staaten ist.

Generalangriff auf den Religionsunterricht

Schon Wochen vor der Reise Karel Hruzas nach Rom gab Prag durch eine Reihe von kirchenfeindlichen Schritten zu verstehen, daß das Husák-Regime

sich fünf Jahre nach der Machtübernahme und der Entmachtung der Reformen innenpolitisch stark genug fühlt, nun auf jede „Nachgiebigkeit“ verzichten zu können. Keine Konzessionsbereitschaft zeigt die Regierung der ČSSR vor allem in Fragen der religiösen Erziehung. Schon im Frühjahr 1974 kamen aus allen Landesteilen Berichte über Vorladungen von Geistlichen vor den Staatssicherheitsdienst, wo ihnen gedroht wurde, „weitere“ Kontakte mit Jugendlichen würden für sie „schlimme Folgen“ haben. Gegen Geistliche, die solche Warnungen nicht „ernst“ nahmen, wurde auf dem Verwaltungswege vorgegangen. Ihnen hat man die Seelsorgserlaubnis entzogen. Erst einige Tage vor dem Beginn der Verhandlungen in Rom wurde die Verhaftung des 50jährigen Salesianerpaters *Jan Jurečka* bekannt, dem vorgeworfen wurde, sich „besonders der Jugend angenommen zu haben“, obwohl er mit Berufsverbot belegt und in einem zivilen Beruf tätig war.

Mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 2. September 1974 wurde der *Religionsunterricht* aus den meisten Schulen der Großstädte verbannt und in den anderen Schulen stark eingeschränkt. Erst am Tag ihres ersten Religionsunterrichtes erfuhren die Geistlichen, wieviel Schüler sie zu unterrichten haben würden. Wie bisher können offiziell an dem Religionsunterricht nur Schüler bis zum 12. Lebensjahr teilnehmen, doch darf in der ersten Grundschulklasse ohnehin kein Religionsunterricht erteilt werden. Auf Weisung der zuständigen Ortsbehörden und Organe der kommunistischen Partei wurden in den Schulen noch zusätzliche Anstrengungen unternommen, um die bereits zum Religionsunterricht angemeldeten Schüler zu überreden, ihre Eltern zur Rücknahme der Anmeldung zu veranlassen, da ihnen aus der Teilnahme an diesem Religionsunterricht „schwere Schäden“ entstehen könnten.

Diese Tendenz ist freilich nicht neu, sie wirkt sich nur jetzt, nachdem man schon 1970 mit neuen Einschränkun-

gen begonnen hatte, erst voll aus. Den ersten scharfen Angriff startete im Februar 1972 der Preßburger Rundfunk. Paradoxierte bediente sich der Kommentator dabei des großen tschechischen Pädagogen Comenius. Selbstverständlich wurde verschwiegen, daß Comenius selbst ein Bischof der Böhmisches Brüder war: „Die Einheit des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses, wie es Comenius lehrte, wird wieder verletzt, und in der Gesellschaft wächst ein Bürger mit zwei Gesichtern und mit einer doppelten Moral heran.“ Die Ansichten der Eltern, die ihre Kinder zum Religionsunterricht schicken, ähnelten sich sehr. Häufigster Einwand gegen die sozialistische Schule sei das angebliche Fehlen einer allgemeinen menschlichen Moral, eines gefühlvolleren und reicheren geistigen Lebens. „Gegen den Sozialismus als solchen haben sie keine Einwände . . . aber das Kind wollen sie auf ihre Art und Weise erziehen.“ Am häufigsten verbänden Eltern die religiöse Erziehung der Kinder mit der Sittlichkeit. Diese Eltern hätten die Gesetzmäßigkeit des Entwicklungs- und Erziehungsprozesses der eigenen Kinder nicht begriffen. Der Autor ließ es nicht an versteckten Drohungen fehlen: Die „Doppelrolle“ sei auf der Bühne interessant, aber im Leben, in der Schule oder in der Familie werde sie früher oder später zu einem ungünstigen Bumerang.

Die Kirche als „Gefahr für den sozialistischen Staat“

Seitdem häufen sich nicht nur die Angriffe auf die Eltern, die ihre Kinder zum Religionsunterricht anmelden, man stellt auch wieder deutlich die Kirche als politische Gefahr für den sozialistischen Staat dar. Dabei versuchte man gerade die Eltern, die ihre Kinder in den Religionsunterricht schicken, je nach Bedarf und politischer Situation im eigenen Lande zu politischen Gegnern des Regimes abzustempeln. Nach jahrelanger Zurückhaltung werden jetzt auch wieder scharfe Angriffe gegen den Papst, gegen die Kurie, gegen den „politischen Klerikalis-

mus“ in einer seit langer Zeit nicht dagewesenen Form gestartet. So beschuldigte das Zentralorgan der slowakischen kommunistischen Partei „Pravda“ die Kirchen und religiösen Organisationen des Westens, sich aktiv „in den ideologischen Kampf gegen die sozialistischen Länder“ eingeschaltet und in den „Dienst des Antikommunismus“ gestellt zu haben. Die Friedensbemühungen der Kirche werden dabei als veränderte Taktik abgetan, die nichts mit „fundamentalen Veränderungen der kirchlichen Klassenorientierung“ zu tun hätten. Mit der Beibehaltung ihrer Klassenorientierung wolle die Kirche auch die „Entwicklung des anti-imperialistischen Kampfes der Werktätigen aufhalten“. Und weil die Kirche in diesem Kampf eine Rolle und eine Mission habe, dürfe „diese Waffe des Antikommunismus nicht unterschätzt werden“ (Pravda, 9. 8. 74).

Interessant ist, daß sich mit dem Thema „Klerikalismus“ selbst der ehemalige Vorsitzende der gleichgeschalteten christlich orientierten Tschechoslowakischen Volkspartei, der exkommunizierte katholische Kaplan *Josef Plojhar*, in der deutschsprachigen „Prager Volkszeitung“ wieder zu Wort meldete. Unter dem Titel „Wem dient der politische Klerikalismus?“ schrieb Plojhar: „In einer bestimmten spezialisierten Gestalt kann sich der Klerikalismus auch unter den Bedingungen eines sozialistischen Staates äußern. In einem derartigen Fall hat er die Gestalt einer politischen Strömung, die die allgemeine Erosion der grundlegenden Prinzipien des sozialistischen Systems und deren Liquidierung anstrebt. Diese Tätigkeit wird dabei durch vorgetäuschte religiöse Interessen maskiert . . .“ (Prager Volkszeitung, 26. 7. 74).

Mit diesen politisch gefärbten Angriffen hat auch die *ideologische Propaganda* wieder eine ungewöhnliche Schärfe angenommen. Was früher fast ausnahmslos der theoretischen Parteipublizistik überlassen wurde, will man nun offenbar auf die gesamten Massenmedien ausdehnen. Die Ansätze liegen

auch hier schon lange zurück. 1970 schrieb der auf antireligiöse Propaganda spezialisierte Parteiideologe, *Milan Zubek*, über die „Ziele, Aufgaben und Mittel der atheistischen Propaganda“: „Die Gegensätzlichkeit der kommunistischen und der religiösen Moral kommt in den Ansichten über die Arbeit und das gesellschaftliche Eigentum scharf zum Ausdruck. Die religiöse Weltanschauung beinhaltet eine Morallehre, die insbesondere durch ihren angeblichen Humanismus, den Kult des abstrakten Menschen und durch die Auffassung der Nächstenliebe den Zielsetzungen der sozialistischen Umerziehung der Menschen widerspricht. Ihre Schädlichkeit wird noch dadurch gesteigert, daß die Weltanschauung ein riesiges Organisationsnetz, Institutionen mit tausendjährigen Erfahrungen . . . zur Verfügung hat . . . Indem sie sich auf die große Kraft der Tradition und auf die irrational-emotionale Begründung des Glaubens stützt, ist die religiöse Weltanschauung ein ernster ideologischer Gegner des Marxismus-Leninismus.“

Verschärfung der ideologischen Propaganda

Das, was von Zubek 1970 in der „*Nová Mysl*“ (8/70) „ideologisch“ angedeutet wurde, wird in der kommunistischen Massenpresse jetzt schon völlig offen gesagt, nämlich daß der Kampf gegen die Religion eine Form des Klassenkampfes ist, der auch durch alle Mittel der regierenden kommunistischen Partei geführt wird. „Dieser Konflikt hat immer einen Klassencharakter“ (Smer, 3. 7. 74). Um für diesen als „Klassenkonflikt“ charakterisierten Kampf gut gerüstet zu sein, wird heute nicht nur eine große Zahl von Parteipropagandisten, die sich ausschließlich der Bekämpfung von Glaube und Religion widmen sollen, ausgebildet.

Auf allen Hochschulen der Tschechoslowakei wurde mit dem neuen Schuljahr ein neues Studienfach „Grund-

sätze des wissenschaftlichen Atheismus“ eingeführt. Und in den Abendkursen über „Grundprinzipien der wissenschaftlichen Weltanschauung“ sollen „professionelle Mitarbeiter aus dem Staatsapparat, dem Schulwesen und der Kultur, die für die wissenschaftliche atheistische Erziehung der jungen Generation verantwortlich sind, geschult werden“ (Zivot strany, 24. 6. 74).

„Die tschechoslowakische sozialistische Gesellschaft bemüht sich um die Befreiung der Menschen von der Religion, und deshalb hat in allen ihren Schulen die wissenschaftlich atheistische Erziehung, die ein untrennbarer Bestandteil der weltanschaulichen Erziehung ist, ungemein große Bedeutung.“ So las man es zu Jahresbeginn in der pädagogischen Zeitschrift „*Rodina a škola*“ (Januar 1974). Und in der seit drei Jahren in der Tschechoslowakei herausgegebenen „wissenschaftlichen Revue“ für antireligiöse Propaganda, „Ateismus“, schrieb die Leiterin des Horváth-Gymnasiums in Preßburg, *Valéria Vasilová*: „Die Erziehung und Bildung der Jugend in unserer Gesellschaft begreifen wir als einen wichtigen Bestandteil der revolutionären Veränderungen, durch deren Hilfe die Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Partei die sozialistische Ökonomie und Kultur festigt und entwickelt, die neuen sozialistischen Verhältnisse formiert und einem neuen sozialistischen Menschen erzieht“ (Ateismus, März/April 1974). Die Autorin veröffentlichte gleichzeitig einige Ergebnisse einer statistischen Untersuchung unter den Schülern ihrer Schule über das religiöse Verhalten der Schüler. Selbst wenn man die Bedingungen, unter welchen eine solche „soziologische Umfrage“ entstanden ist, berücksichtigt, ist es eindrucksvoll, wenn 45,9 Prozent der befragten Schüler feststellen, daß die Religion für den Menschen eine größere Bedeutung hat als die Wissenschaft. Und gleichzeitig ist „verständlich“, daß unter solchen Bedingungen angekündigt wird, daß man unter den Schülern dieser Schule eine „intensivere atheistische Arbeit“ leisten muß.

Religion für Kommunisten keine Privatsache

Bestürzung über solche „Umfragen“ in den Schulen sind nicht das einzige Ärgernis der Parteifunktionäre. Als vor kurzem die Wochenzeitung des Zentralkomitees der KPC „*Tribuna*“ eine Serie über die Beziehungen der Kommunisten zur Religion veröffentlichte, wurde in vielen Leserschriften darauf hingewiesen, daß sich auch unter den neuen jungen Mitgliedern der kommunistischen Partei nicht wenige befinden, die nicht nur am Sonntag die Kirche besuchen, sondern auch keinen Zweifel daran lassen, daß sie sich als wirklich Gläubige betrachten. Die Parteiorganisationen wurden inzwischen angewiesen, sich mit diesen Fällen sofort zu beschäftigen: „Wenn jemand freiwillig in die Partei eintritt, sollte er auch danach handeln und leben. Dann ist es unvereinbar, sich gleichzeitig zu einer Religion zu bekennen. Da gibt es keine Ausreden, sondern man muß die Konsequenzen ziehen . . .“ (*Tribuna* 33/74). Allerdings scheint diese Ansicht nicht bei allen jungen Mitgliedern der Partei auf Zustimmung gestoßen zu sein, denn die Redaktion des Blattes fordert die Parteiorganisation auf, jedes Mitglied auf den für kommunistische Religionspolitik bestimmenden Satz von Lenin hinzuweisen: „Die Religion ist keine Privatsache!“

Mit diesem Leninzitat hat die „*Tribuna*“ offen ausgesprochen, um was es zur Zeit der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei geht. Noch vor kurzem hatte man gerade das Gegenteil behauptet und argumentiert, daß der religiöse Glaube eine Privatangelegenheit jedes Tschechen und Slowaken ist und daß, solange sich der Bürger nicht offen „antisozialistisch“ betätigt, ihm niemand seinen Glauben nehmen oder ihn wegen seines Glaubens beeinträchtigen wird. Diese These gehört — wie es die Praxis des täglichen Lebens beweist — in der Tschechoslowakei nun offenbar der Vergangenheit an. Um so größer aber werden die Überlebensschwierigkeiten der Kirche im Lande werden.